

<b>02</b>	<b>Hochschulpiegel</b>	<b>11</b>	<b>Personalnachrichten</b>
<b>03</b>	<b>Forschung</b>	<b>12</b>	<b>Aus den Abteilungen</b>
<b>08</b>	<b>Veranstaltungen Rückblick</b>	<b>19</b>	<b>Themenreihe Medien</b>
<b>10</b>	<b>Veranstaltungen Vorschau</b>	<b>20</b>	<b>Weltoffene Hochschulen</b>

## Liebe Leserin, lieber Leser,

unsere Hochschule ist nicht nur durch ihr Studienangebot und die Ausbildung von Nachwuchskräften von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft und den öffentlichen Dienst. Auch die Forschungsaktivitäten der HSPV NRW spielen eine wichtige Rolle, indem sie zu wertvollen wissenschaftlichen Erkenntnissen für den öffentlichen Sektor beitragen. Neben der internen Forschungsförderung, ist hierbei auch die externe Förderung in Form von Forschungs Kooperationen, Drittmittelaktivitäten und Auftragsforschungen hervorzuheben. Dazu zählt unter anderem das Forschungsprojekt „PEP: Praxisnahe Elektronische Prüfungen“, welches erst vor Kurzem verlängert wurde. Ausführliche Informationen hierzu finden Sie in der aktuellen Newsletterausgabe.

Beim Thema Forschung sollen natürlich auch unsere eigenen Forschungsinstitute nicht zu kurz kommen. In den Instituten für Polizei- und Kriminalwissenschaften, Personal und Management sowie Geschichte und Ethik werden seit Jahren erfolgreich Forschungsvorhaben zu aktuellen, gesellschaftsrelevanten Themen realisiert. Gerade die Mischung aus beidem, aus internen und externen Forschungsvorhaben, trägt dazu bei, die Verankerung der HSPV NRW in der Hochschullandschaft noch weiter zu festigen. Neuerungen im Bereich der Forschungsförderung sind ebenfalls von großer Bedeutung. So wurde erst vor Kurzem die neue Förderlinie V zur Unterstützung von Drittmittelaktivitäten veröffentlicht.

Abschließend möchte ich Sie noch auf ein Symposium zur inter- und transkulturellen Kompetenz aufmerksam machen, das

am 24. April 2024 am Studienort Duisburg stattgefunden hat. Im Rahmen der Veranstaltung hatten Forschende, Lehrende und Verwaltungsmitarbeitende sowie Praktikerinnen und Praktiker Gelegenheit dazu, sich über aktuelle Strömungen und Forschungsergebnisse aus ihren Fachgebieten auszutauschen.

An der HSPV NRW werden zukünftige Polizistinnen und Polizisten sowie Verwaltungsbeamtinnen und -beamte des bevölkerungsreichsten Bundeslandes in Deutschland ausgebildet. Die zunehmende Diversität und Pluralisierung unserer Gesellschaft fordert immer öfter inter- und transkulturelle Kompetenzen in der täglichen Arbeit unserer Behörden. Wir als Ausbilder sind uns unserer Verantwortung bewusst und stellen interkulturelle Kompetenzen daher schon seit Jahren in den Fokus der Lehre. Es freut mich umso mehr, dass wir uns diesem brandaktuellen, wichtigen Thema nun auch im Rahmen einer Veranstaltung gewidmet haben. Vielen Dank an alle Beteiligten für die gelungene Organisation und Umsetzung des Symposiums! Einen ausführlichen Nachbericht finden Sie in der Mai-Ausgabe des Newsletters.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine angenehme Lektüre des Newsletters!

Ihr

**Martin Borntträger**  
Präsident der HSPV NRW

# Hochschulspiegel

## NRW-Unfallbilanz 2023

### Ist die Vision Zero in Gefahr?

Die Sicherheit im Straßenverkehr ist ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Deshalb standen Verkehrsunfallopfer im Mittelpunkt, als Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul am 18. März 2024 die Unfallbilanz für das Jahr 2023 vorstellte.

In einem Videobeitrag sahen die Teilnehmenden im Düsseldorfener Innenministerium zunächst einen Notarzt, der zu einem Einsatz mit einer eingeklemmten Person gerufen wurde: „Der Getötete war mein Schwager. Getötet deshalb, weil ein anderer Verkehrsteilnehmer von seinem Handy abgelenkt war.“ Eine Mutter schilderte: „Meine Tochter Angelina ist bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Anstelle ihres 14. Geburtstags mussten wir ihre Beerdigung ausrichten.“ Ein Mann berichtete: „Es war kurz nach Weihnachten, die Polizei stand vor der Tür. Die Beamten sagten mir, dass mein Onkel und meine Tante bei einem illegalen Autorennen vor der eigenen Haustür überfahren worden sind. Als wir die Wohnung der beiden betraten, lagen noch die Weihnachtsgeschenke ausgepackt auf den Tischen.“

Minister Reul resümierte dazu: „Diese Menschen haben eines gemeinsam. Sie können ihr Leben in ein davor und in ein danach unterteilen, indem sich alles verändert hat: ein schrecklicher Verkehrsunfall.“ Wenn über Statistiken gesprochen wird, versachlichen sich die menschlichen Schicksale und die schrecklichen Erlebnisse häufig – „und die Hinterbliebenen trauern“. Die Menschen, die sich für die Bekanntgabe der Unfallentwicklung des Jahres 2023 vor die Kamera gestellt haben, verdeutlichten noch einmal, wie wichtig das Thema ist. In der Verkehrsunfallentwicklung 2023 gebe es Licht und Schatten, führte der Minister aus. Insgesamt hat es im Jahr 2023 rund 640.000 registrierte Verkehrsunfälle auf nordrhein-westfälischen Straßen gegeben. Das ist eine Zunahme um 4,5 % zum Vorjahr. In NRW wurden 2023 im Straßenverkehr 450 Menschen getötet (zwei Getötete weniger als 2022) und 11.132 schwer verletzt. Damit registrierte die Polizei einen Rückgang von 12 % bei den Schwerverletzten.

Eine negative Entwicklung gab es bei den Fußgängern. Die Zahl der Getöteten stieg 2023 gegenüber dem Vorjahr um 55 % auf 101 Personen, die durch einen Zusammenprall mit einem Kfz ihr Leben verloren haben. „Jeder von uns kann schnell ein Unfallopfer werden“, so der Minister. In 41 % der Fälle seien die Getöteten selbst die Verursacher gewesen. Vielleicht hatten sie die rote Ampel nicht gesehen oder dachten, das heranfahrende Auto sei noch weit genug entfernt oder langsamer. Auch Alkohol sei bei einigen Fußgängern festgestellt worden. Der Anstieg kann auch damit zusammenhängen, dass viele

Menschen häufig abgelenkt sind, zum Beispiel durch das Handy. Dies ist nicht nur bei Autofahrenden ein Problem, sondern auch bei Fußgängern.



Verkehrsunfall mit Schwerverletzten (Bild: Polizei NRW)

Die Polizei stellte 881 Unfälle fest, bei denen die Ursache Drogen oder andere berauschende Mittel waren – so viele wie noch nie. Zudem zählte die Polizei mehr Drogentote als im Vorjahr. 2023 kamen zehn Menschen bei einer Drogenfahrt ums Leben. Minister Reul: „Man braucht kein ausgewiesener Verkehrsexperte zu sein, um zu prognostizieren, wie sich die Verkehrsunfalllage entwickeln wird, wenn das Kiffen legal wird. Die Legalisierung von Cannabis wird zu mehr Unfalltoden führen.“

Im letzten Jahr registrierte die Polizei 2.144 verbotene Kfz-Rennen. So viele wie noch nie. 526 davon endeten mit einem Verkehrsunfall. Dabei handelt es sich um die höchste Zahl seit der Einführung des Straftatbestands. Seitdem die verbotenen Kfz-Rennen erfasst werden, steigt die Zahl von Jahr zu Jahr. 2023 gab es drei Getötete.

Die Leiterin des Verkehrsreferats im Innenministerium, Maria del Carmen Fernandez Mendez, hob hervor: „Jeder Tote ist einer zu viel. Rund um die Uhr sind Polizistinnen und Polizisten auf der Straße für das Leben jedes Einzelnen im Einsatz. Unter dem Hashtag LEBEN haben wir unsere Strategie für mehr Sicherheit auf den Straßen, Radwegen und Autobahnen neu ausgerichtet. Der Begriff bringt die Anstrengungen der Polizei, schwere Verkehrsunfälle zu reduzieren, auf den Punkt. Unfälle zu vermeiden, ist aber nicht allein eine Pflichtaufgabe der Polizei. Alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind für





NRW-Innenminister Herbert Reul stellte die aktuelle Unfallbilanz Mitte März in Düsseldorf vor  
(Bild: Peter Schlanstein)

das Leben auf unseren Straßen verantwortlich – alle tragen Verantwortung.“

Bis 2050 soll in der EU niemand mehr im Straßenverkehr ums Leben kommen. Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich das Ziel gesetzt, die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland von 2021 bis 2030 um 40 % zu reduzieren und die Zahl der Schwerverletzten signifikant zu senken. 2023

wurden in Deutschland 2.830 Menschen im Straßenverkehr getötet und 52.675 schwer verletzt. Das sind gegenüber 2020 insgesamt 4 % mehr Getötete und 9 % weniger Schwerverletzte.

Diese Entwicklung macht deutlich: Die angestrebten Ziele werden voraussichtlich nicht erreicht. Sofern nicht größere Anstrengungen unternommen werden, dürften die mittel- bis langfristigen Pläne bei der Verkehrssicherheit nicht zu realisieren sein.

Die HSPV NRW hat in Kooperation mit der Verkehrsunfallopferhilfe und unter Schirmherrschaft von Minister Reul am 29. September 2023 am HSPV-Studienort Duisburg zum Thema „Vision Zero konkret – Schwere Unfälle und Unfallprävention“ den 21. Deutschen Verkehrsexpertentag ausgerichtet. Der Kongress gab Anregungen und Antworten darauf, was in Deutschland unternommen werden sollte, damit kein Mensch im Straßenverkehr getötet oder schwer verletzt wird. Tagungsberichte und Präsentationen sowie ein themenbezogenes Kompendium können über die Website der HSPV NRW zum [Download](#) abgerufen werden.

[Weitere Informationen können Sie den Infografiken zur Verkehrsunfallbilanz 2023 entnehmen.](#)

**Prof. Dr. Peter Schlanstein**  
Studienort Münster

## Forschung

### Projektverlängerung: Drittmittelprojekt auf Erfolgskurs

Das von Prof. Dr. Cornelia Fischer geleitete Drittmittelprojekt PEP (Praxisnahe Elektronische Prüfungen) hat weitere Forschungsmittel eingeworben

Wie sieht die Verwaltung der Zukunft aus? Welche Rolle spielen digitale Tools in der Polizeiarbeit? Ist es möglich, Tätigkeiten im öffentlichen Sektor zu automatisieren? Angefangen von der Einführung der E-Akte, über die Nutzung neuer Kommunikationsmedien bis hin zum Einsatz von ChatGPT – das Thema Digitalisierung steht für alle Bereiche des öffentlichen Sektors ganz oben auf der Tagesordnung.

Natürlich spielen diese Themen auch an Hochschulen eine wichtige Rolle: Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und die Nutzung entsprechender Tools im Arbeitsalltag braucht kompetentes Personal. Wann – wenn nicht während des Studiums – kann man die Menschen, die zukünftig im öffentlichen Sektor arbeiten werden, für die kommenden digitalen Herausforderungen fit machen?

### Blick in die Zukunft

Prof. Dr. Cornelia Fischer hat bereits im Jahr 2021 die Bedeutung dieser zukunftsweisenden Themen erkannt und initiierte das umfangreiche Forschungsprojekt PEP (Praxisnahe Elektronische Prüfungen). „Natürlich kann man an vielen Stellen ansetzen, um Innovationen im Hochschulsektor zu realisieren,“ so die Professorin, „ich bin aber davon überzeugt, dass die Veränderung von Prüfungen ein besonders wirksamer Weg ist, um Hochschule neu zu denken.“

Ein Blick in die Bildungslandschaft bestätigt diesen Ansatz: Viele Hochschulen haben digitale Prüfungen eingeführt. Sogar das Erste und Zweite Juristische Staatsexamen wird in einigen Bundesländern als E-Examen umgesetzt. Nun kann PEP einen weiteren Erfolg verbuchen: der Drittmittelgeber,



die Stiftung Innovation in der Hochschullehre, unterstützt das Projekt mit weiteren finanziellen Mitteln.

### Fortführung des Projekts

Das Drittmittelprojekt PEP hat in den letzten drei Jahren die Frage in den Blick genommen, wie Prüfungen in Zukunft organisatorisch-technisch und inhaltlich konzipiert werden können. Doch nicht nur das: Auch die Entwicklung und Konstruktion von „peppigen“ Prüfungen im Sinne des Projektnamens war Forschungsgegenstand: Können beispielsweise als Freitextklausuren ausgestaltete Prüfungen in automatisiert korrigierbare Aufgabenformate übertragen werden und wenn ja, wie würden solche Prüfungen aussehen?

Nun geht das Projekt PEP in die nächste Runde und kann sich über zusätzliche Forschungsmittel freuen. Das Drittmittelprojekt von Frau Prof. Fischer ist eines von zwei Drittmittelprojekten an Hochschulen des öffentlichen Dienstes, deren Forschungsvorhaben im Rahmen der Förderrichtlinie „Hochschullehre durch Digitalisierung stärken“ von der Stiftung Innovation in der Hochschullehre als förderwürdig anerkannt worden sind. Die erfolgreiche Akquise signifikanter Drittmittel



Bild: Prof. Dr. Cornelia Fischer

macht das PEP-Projekt damit zu einem exemplarischen Vorzeigeprojekt, das die Wichtigkeit und Wirksamkeit von Forschung an Hochschulen des öffentlichen Dienstes eindrucksvoll unter Beweis stellt.

**Prof. Dr. Cornelia Fischer**  
Studienort Köln

## Soziale Roboter: Workshop zu ethischen und technischen Aspekten

Am 26. und 27. März 2024 haben die Partner des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts RuhrBots einen Workshop durchgeführt

Seitens der HSPV NRW haben Esther Herfurth und Prof. Dr. Andreas Gourmelon an der Veranstaltung teilgenommen. Der Workshop fand in den Räumen des Fraunhofer-Instituts für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme IMS in Duisburg statt.

Diskutiert wurde der datenschutzgerechte Einsatz von Sozialen Robotern, unter anderem in Stadtverwaltungen. Weiterhin wurde unter der Moderation von Prof. Arne Manzeschke und Rita Zöllner (beide Evangelische Hochschule Nürnberg) erörtert, inwiefern der Einsatz von Robotern ethisch vertretbar ist. Sollen Roboter beispielsweise die Emotionen von Nutzenden analysieren?

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung war die Lösung technischer Probleme bei der Entwicklung Sozialer Roboter, insbesondere wie Sprachmodelle (ChatGPT) in die robotischen Systeme integriert werden können. Bei den technischen Fragen wurden die Partner von RuhrBots durch das Unternehmen Entrance Robotics GmbH unterstützt.

**Prof. Dr. Andreas Gourmelon**  
Studienort Gelsenkirchen



Wolfgang Grötting (Fraunhofer IMS), Esther Herfurth (HSPV NRW) und der neue Kollege Navel (ebenfalls Fraunhofer IMS) (Bild: Prof. Dr. Andreas Gourmelon)



## Maßnahmen zur Anpassung an Hitzebelastungen

### Gefährdungen durch Folgen des Klimawandels für Beschäftigte im Freien

Am Forschungszentrum des Instituts für Personal und Management der HSPV NRW wurde von Prof. Dr. Barbara Neubach ein Forschungsprojekt zum Thema „Gefährdungen durch Folgen des Klimawandels für Beschäftigte im Freien – welche Maßnahmen zur Anpassung sind erforderlich?“ durchgeführt. Dabei wurden insbesondere Maßnahmen zum Hitzeschutz untersucht, denn Hitze stellt mittlerweile das größte Gesundheitsrisiko dar (BAMS, 2023).

Hitze kann sowohl Krankheiten verursachen (zum Beispiel einen Hitzschlag) als auch vorhandene Krankheiten verstärken, wie etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Darüber hinaus steigt bei Hitze das Unfall- und Verletzungsrisiko; bei Kontakten mit Bürgerinnen und Bürgern ist mit aggressiverem Verhalten zu rechnen. Insgesamt dürften Belastungen durch hohe Umgebungstemperaturen für Beschäftigte im Freien höher sein, als beispielsweise für Beschäftigte in Büros.

Konzepte zum Hitzeschutz für die Arbeit im Freien wurden bislang vor allem für die Baubranche entwickelt. Daher wurde im Forschungsprojekt untersucht, inwieweit sich dort beschriebene Maßnahmen auf die Situation von Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung übertragen lassen (zum Beispiel Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes, die überwiegend im Außendienst tätig sind). Denn bei der Erarbeitung von Klimaschutzmaßnahmen sind neben allgemeingültigen Empfehlungen (ausreichende Trinkmenge, angepasste Pausenzeiten etc.) immer auch zielgruppenspezifische Erfordernisse (hier unter anderem vorgeschriebene Dienstkleidung und Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern) und demografische Faktoren (hier beispielsweise Alter und Geschlecht der Beschäftigten) zu beachten.

Dementsprechend wurden bestehende Konzepte auf ihre Passung geprüft und um spezifische Maßnahmen (etwa hinsichtlich angepasster Dienstkleidung, Verhaltenssteuerung und medizinischer Beratung) ergänzt. Diese sowie weitere Ergebnisse und Empfehlungen werden im Juni 2024 veröffentlicht:

Neubach, Barbara (in Druck): Gefährdungen durch den Klimawandel bei Tätigkeiten im Freien. Innovative Verwaltung.

#### **Prof. Dr. Barbara Neubach**

Studienorte Gelsenkirchen und Herne

## Diversity in Fallbeispielen des Polizei- und Verwaltungsstudiums

### Forschungsprojekt an der HSPV NRW abgeschlossen

In rechtswissenschaftlichen Modulen werden Fallbeispiele als eine Lernmethode eingesetzt, um schwierige und abstrakte Zusammenhänge zu veranschaulichen. Darüber hinaus wecken sie Aufmerksamkeit und Interesse und tragen zur Motivation der Studierenden bei. Auch Klausuren enthalten häufig Fallkonstellationen.

Studiengänge sollten frei von Stereotypen sein und auf ein diverses Arbeitsumfeld vorbereiten. Dies gilt auch für die eingesetzten Fallbeispiele. Ziel eines über das Institut für Personal und Management geförderten Forschungsprojektes war es, Erkenntnisse über mögliche Geschlechterstereotype sowie Vielfaltsmerkmale in Klausuren der HSPV NRW zu gewinnen. Untersucht wurden 143 Klausuren, darunter 96 Klausuren aus dem Polizeistudiengang und 47 aus den Verwaltungsstudiengängen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen sowohl bei den Beschäftig-

ten als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern unterrepräsentiert sind. Zudem verfügen Männer aufgrund der zugewiesenen Berufe und Rollen über eine gewisse Dominanz: So üben sie häufiger Führungspositionen und prestigebesetzte Berufe aus, zum Beispiel als Anwalt, Inhaber oder Politiker. Ausgenommen sind arbeitslose Männer, die in den Polizeiklausuren mit negativen Eigenschaften belegt sind. Frauen agieren in den Verwaltungsklausuren oftmals als Antragstellerinnen, in den Polizeiklausuren sind sie zumeist Geschädigte. Männer hingegen führen eher Beschwerden (Verwaltung) und stehen unter Tatverdacht (Polizei).

Die meisten Bürger ohne deutschen Pass treten in den Verwaltungsklausuren in der Rolle ausländischer Geschäftsleute auf. In den Polizeiklausuren werden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte oftmals Straftaten zur Last gelegt. Insgesamt sind Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Gesamtbevölkerung jedoch stark unterrepräsentiert. Ledig-





lich in einer Polizeiklausur wird Kultur explizit zum Thema gemacht. Um den Umgang mit Krankheit und Behinderung geht es ebenfalls nur in einer einzigen Polizeiklausur.

Es lässt sich festhalten, dass Frauen in den Klausuren wenig repräsentiert sind und die Fallszenarien teilweise Geschlechterstereotype transportieren. Über das binäre Geschlechterbild hinausgehende Identitäten, kulturell diverse Selbstbilder oder altersbezogene Fragestellungen sind kein Thema. Phänomene in der Einwanderungsgesellschaft wie interkulturelle Zusammenarbeit oder Aushandlungsprozesse, aber auch Armutsgeschehen, Ausgrenzung und Rassismus stellen keine expliziten Analysekatégorien dar.

Es werden Empfehlungen abgeleitet und eine Checkliste vorgestellt, wie Fallbeschreibungen im Lehr- und Prüfungsmaterial geschlechtergerechter und diversitätssensibler gestaltet werden können:

- Frauen und diverse Geschlechter in den Fallbeispielen sichtbar machen,
- (Geschlechter-)Stereotype in Lehr- und Prüfungsmaterial vermeiden,

- Geschlechterstereotype in Lehr- und Prüfungsmaterial durchbrechen,
- mehr Vielfalt bei Geschlechterrollen, der Herkunft und anderen Merkmalen,
- Stereotype und Diskriminierung in Fallbeispielen thematisieren,
- Weiterbildungen für Lehrende zur (klischeefreien) Gestaltung von Fallbeispielen und Lehr-/Prüfungsmaterial,
- vielfaltsorientierte Ausrichtung der gesamten Polizeiausbildung.

[Der ausführliche Forschungsbericht zu diesem Thema ist hier abrufbar.](#)

**Prof. Dr. Bettina Franzke**  
Studienort Köln

## Verbale Übergriffe im Arbeitsalltag mit Bürgerkontakt

Studie der Universität Bielefeld in Kooperation mit der HSPV NRW

Die gegenwärtige Gesellschaft ist durch vielschichtige Prozesse der Desintegration und der Pluralisierung von Lebenswelten sowie Mikroaggressionen und Konflikte gekennzeichnet. Die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie „Verbale Übergriffe im Arbeitsalltag mit Bürgerkontakt. Der individuelle und organisationale Umgang in staatlichen Behörden“ hat die kommunikative Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern mit Vertreterinnen und Vertretern von Ämtern, Behörden und Rettungsdiensten untersucht. An dem Forschungsprojekt, das von der Universität Bielefeld und der HSPV NRW durchgeführt wurde, haben sich verschiedene Kreise und Kommunen aus Nordrhein-Westfalen beteiligt.

Prof. Dr. Jonas Grutzpalk (HSPV NRW, Studienort Bielefeld) stellte die Ergebnisse des Projekts am 9. April 2024 im Ausschuss für Bauen und Ordnung der Kreisverwaltung Herford vor, die ebenfalls Teil der Studie ist. „Wir haben in erster Linie mit Einzelinterviews, Gruppendiskussionen und teilnehmenden Beobachtungen gearbeitet. Im Fokus standen der Rettungsdienst, die Leitstelle, das Ordnungsamt, die Ausländerbehörde, das Straßenverkehrsamt und das Jobcenter. Also die Bereiche, in denen es besonders viel Publikumsverkehr und Bürgerkontakt gibt. Auch Bürgerinnen und Bürger wurden befragt“, erläutert Grutzpalk.



Kreisdirektor Markus Altenhöner (links) und Prof. Dr. Jonas Grutzpalk (Bild: Kreis Herford)

Seiner Einschätzung nach birgt der Widerspruch zwischen der akuten Dringlichkeit eines Bürgeranliegens und der Ablauflogik von Verwaltungsprozessen Konfliktpotenzial. „Auch Zweifel an der Zuständigkeit und Autorität der Mitarbeitenden spielen eine Rolle“. Zudem lasse sich erkennen, dass Anerkennung eine wichtige Rolle dabei spiele, ob ein Konflikt als solcher wahrgenommen werde oder nicht.

Im Rettungsdienst kommt es gelegentlich zu verbalen Angriffen alkoholisierter, aufgeregter oder psychisch erkrankter Menschen. Als problematisch werden Bagatel-Einsätze wahrgenommen, bei denen eigentlich kein Rettungsdienst notwendig ist. Beim Ordnungsamt ist das Konfliktpotenzial bei der Durchführung von Maßnahmen im Außendienst hoch. Verbale Gewalt kommt laut den Forschungsergebnissen oft in offensichtlichen Situationen vor, kann aber auch unerwartet und plötzlich auftreten.

Ein Grund für Konflikte kann vielleicht in der Einsamkeit mancher Menschen liegen. „Rund 40 Prozent der Haushalte in NRW sind Einzelpersonenhaushalte. Hier könnte eine soziologische Erklärung für die Unfähigkeit zu finden sein, die

eigene Lage im gesellschaftlichen Kontext zu reflektieren – sozusagen eine Art einsamkeitsbedingte Unkenntnis sozialer Regeln“, so Grutzpalk.

Die Handlungsempfehlung der Studie regt neben dem Ausbau der vorhandenen kommunikativen Stärken einen innerorganisationalen Dialog und eine Öffentlichkeitsarbeit an, die die Arbeit der verschiedenen Stellen mit Bürgerkontakt erläutert.

Weitere Informationen zum Projekt stehen auf der Website der Hans-Böckler-Stiftung zur Verfügung.

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
Zentralverwaltung

## Neue Förderlinie veröffentlicht

Die Förderlinie V „Förderung der Drittmittelaktivität“ ist da

Mit der neuen Förderrichtlinie möchte die Kommission für Forschung und Entwicklung der HSPV NRW das Drittmittelvolumen weiter steigern und die bereits vorhandene drittmittelfinanzierte Forschung gezielt fördern. Damit trägt sie der positiven Entwicklung der vergangenen Jahre Rechnung. So verzeichnete die HSPV NRW seit 2021 einen bedeutenden Anstieg an drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten. Derzeit sind Forschende der Hochschule in Projekten aktiv, die von der DFG, Bundesministerien, NRW-Ministerien oder auch Stiftungen gefördert werden.

Über eine Steigerung der Drittmittelaktivität können das Forschungsprofil und die Forschungsstärken der HSPV NRW weiterentwickelt und ausgebaut werden. Gleichzeitig etabliert sich die Hochschule als Forschungs- und Wissenschaftsstandort in der Hochschullandschaft. Aufgrund des hohen Aufwands bei der Beantragung und Durchführung drittmittelgeförderter Forschungsprojekte wird die Beteiligung nun durch eine neue Förderlinie unterstützt. Dazu stellt die Hochschule Mittel für die Vorbereitung und Durchführung drittmittelfinanzierter Forschungsprojekte zur Verfügung und entlastet forschende Lehrende auch zeitlich.

Die neue Förderlinie richtet sich an Professorinnen und Professoren sowie hauptamtliche Dozentinnen und Dozenten, die sich aktiv an der Einwerbung und Durchführung von Drittmittelprojekten beteiligen.

Gefördert werden...

- **die konzeptionelle Entwicklung eines Drittmittelprojekts**

(der Aufwand zur konzeptionellen Erstellung eines nachweislich in einem kompetitiven Auswahlverfahren eingereichten Drittmittelanspruchs bei einem anerkannten Drittmittelgeber, wie beispielsweise der EU, der DFG, dem BMBF, den NRW-Landesministerien oder Stiftungen),

- **die Durchführung eines eingeworbenen Drittmittelprojekts** (der Arbeitsaufwand innerhalb eines kompetitiv eingeworbenen Drittmittelprojekts).

Weitere Informationen finden Sie im Steckbrief der Förderlinie V. Das entsprechende Antragsformular steht auf der Website der HSPV NRW im Bereich „Förderung/Service“ als Download zur Verfügung.

Gerne unterstützt Sie das Forschungsdezernat unter folgender Funktionsadresse bei Fragen rund um die Antragstellung von Drittmittelprojekten:

[forschungsfoerderung@hspv.nrw.de](mailto:forschungsfoerderung@hspv.nrw.de)

**Forschungsförderung**  
Zentralverwaltung



# Veranstaltungen Rückblick

## Gemeinsam Kinderschutz gestalten

Erfolgreicher Fachtag am Studienort Hagen



Der Fachtag lockte viele Interessierte nach Hagen (Bild: Nicole Vergin, Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.)

Wie kann interdisziplinäre Kooperation im Kinderschutz gelingen? Diesem Thema widmete sich am 20. März 2024 ein großer Fachtag, zu dem das Kompetenzzentrum Kinderschutz NRW, die HSPV NRW und die Bildungsakademie BiS eingeladen hatten. Am HSPV-Studienort Hagen kamen rund 130 Fachleute aus unterschiedlichen Berufsgruppen zusammen, die am Kinderschutz beteiligt sind. Dazu gehörten die Polizei, die Kinder- und Jugendhilfe, die Schule, die Justiz und die Gesundheitshilfe.

Die Praxis zeigt, wie wichtig eine gute Kooperation zwischen diesen Akteurinnen und Akteuren ist, um Kinder und Jugendliche wirksamer vor Gewalt zu schützen. Die Teilnehmenden der Tagung informierten sich über diese interdisziplinäre Zusammenarbeit durch Vorträge, Gesprächsrunden und Workshops und tauschten sich über ihre Erfahrungen vor Ort aus. An der Veranstaltung beteiligt waren unter anderem Jan Boneberger (HSPV NRW, Leiter der Abteilung Gelsenkirchen), Krista Körbes (Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes NRW, an den das Kompetenzzentrum Kinderschutz NRW angegliedert ist) sowie Jan Lamontain (Referatsleiter im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW). Sie hoben die enorme Bedeutung der Zusammenarbeit im Kinderschutz hervor, die sich auch in der Kooperation zwischen HSPV NRW und Kinderschutzbund bei der Organisation dieser Fachtagung widerspiegelte.

Inhaltlich im Zentrum stand das vierjährige Projekt „Gemeinsam Kinderschutz gestalten. Interdisziplinäre Kooperation

in der kommunalen Praxis“, das vom Kinder- und Jugendministerium NRW gefördert wurde. Vorgestellt wurde es von Lucie Tonn, die das Projekt im Team des Kompetenzzentrums Kinderschutz NRW mit umsetzte und heute als Lehrende am HSPV-Studienort Hagen tätig ist. Herzstück des Projekts war der Zertifikatskurs „Interdisziplinärer Kinderschutz in der kommunalen Praxis“. In einer sehr persönlichen Gesprächsrunde berichteten vier Teilnehmende von ihren Erfahrungen. Sie beschrieben den Kurs als „extrem wichtig“ und betonten vor allem den „Schulterschluss für das Kind“.

Ebenso großes Interesse rief der verkürzte Grundkurs hervor, der aus dem vorgestellten Zertifikatskurs entstanden ist: Zahlreiche Teilnehmende der Fachtagung informierten sich über das landesweite Angebot „Interdisziplinäre Kooperation im Kinderschutz“ (IKIK). Vertiefende Informationen und Möglichkeiten zum Austausch boten darüber hinaus sechs Workshops zu zentralen Aspekten des interdisziplinären Kinderschutzes. Diese wurden – wie die ganze Tagung – allgemein als „gewinnbringend“ sowie „interessant und sehr informativ“ eingeschätzt.

Die Veranstaltung wurde vom Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW gefördert.

**Nicole Vergin**

Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.





## Abschlussfeier mit Zugabe

Am 22. März 2024 wurde im Atrium des Studienorts Duisburg der 2021er-Jahrgang des „Master of Public Management“ (MPM) stimmungsvoll verabschiedet

159 Teilnehmende waren zusammengekommen, um die Zeugnis- und Urkundenübergabe an die 73 anwesenden Absolventinnen und Absolventen, unter denen auch zwei HSPV-Zugehörige waren, mitzuerleben. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreterinnen der Kooperationspartner des Masterstudiengangs aus Finanz- und Innenministerium teil. Das Innenministerium wurde von Ministerialrätin Sigrid Heinz vertreten. Claudia Theilacker, M.A. und Özlem Zarli (aus dem zentralen Masterbüro) moderierten durch das kurzweilige Programm mit der begeisterten Musikdarbietung des Landespolizeiorchesters NRW.



Prof. Dr. Dr. Markus Thiel (links) und Christoph Dlugos (Bild: Jochen Tack)

Markus Coerdts, Kanzler der HSPV NRW, der die Veranstaltung in Vertretung des Präsidenten der Hochschule offiziell eröffnete, zeigte sich erfreut über die kontinuierlich positive Entwicklung des Masterstudiengangs. Der Master sei ein Erfolgsmodell der Hochschule. Vor gut zehn Jahren mit 31 Studierenden gestartet, umfasst der MPM aktuell knapp 345 Studierende. Die Absolventinnen und Absolventen, so Coerdts, verdienen es, am heutigen Tag zu feiern und gefeiert zu werden.

In der anschließenden Rede des Studiengangsleiters, Prof. Dr. Patrick Sensburg, hob dieser die besondere Leistung der Absolventinnen und Absolventen, das Masterstudium neben Berufstätigkeit und Privatleben in zweieinhalb Jahren erfolgreich absolviert zu haben, hervor. Dank gebühre an dieser Stelle auch den Familien und Angehörigen, ohne deren Verständnis und Rücksichtnahme das Studium nicht erfolgreich zu meistern gewesen wäre.

Bei der Zeugnis- und Urkundenübergabe auf der Bühne, gratulierten sowohl der Kanzler als auch wechselseitig der Studiengangsleiter und die stellvertretende Studiengangsleiterin, Prof. Dr. Andrea Walter. Für die ehemaligen Studierenden gab es viel Applaus und Pfiffe der Anerkennung aus dem Publikum.

Ein eigener Programmpunkt widmete sich den jahrgangsbesten (ranggleichen) Abschlüssen. In diesem Jahr wurden Friederike Lehner-Voßen und Lukas Stentenbach durch den Vorsitzenden des Masterausschusses, Prof. Dr. Henrique Ri-



V.l.n.r.: Lukas Stentenbach, Prof. Dr. Henrique Ricardo Otten und Friederike Lehner-Voßen (Bild: Jochen Tack)

cardo Otten, geehrt. Im Interviewformat erklärten beide, warum sie sich damals für den Masterstudiengang der HSPV NRW entschieden haben und gaben Auskunft darüber, welche drei im Studium erworbenen Kompetenzen sie für ihre berufliche Weiterentwicklung als künftige Führungskräfte für besonders wichtig erachten. Ebenso ließen sie das Publikum daran teilhaben, welche Perspektiven sich nach dem Masterabschluss für sie eröffnen.

Im Anschluss würdigte auch der MPM-Alumni-Verein die Bestleistungen mit jeweils einer eigenen Urkunde und einem Geldbetrag. Prof. Dr. Dr. Markus Thiel, MPM-Alumni-Vorstandsmitglied und ehemaliger MPM-Studiengangsleiter, nahm die Ehrungen vor und vergab erstmals auch eine Urkunde und eine finanzielle Anerkennung für die beste Masterarbeit des Jahrgangs an Christoph Dlugos. Seine Masterthesis wurde durch eine mehrköpfige Jury unter den eingereichten Arbeiten als beste prämiert.

Zu guter Letzt folgte eine Rede aus dem Kreis der ehemaligen Studierenden. Sophie Finke, die im Namen der Absolventinnen und Absolventen das Wort an die Festgäste richtete, fasste die eindrucksvollsten Momente der Studienzeit mit einer Prise Humor zusammen.





Studiengangsleiter Prof. Dr. Patrick Sensburg (Bild: Jochen Tack)

Bevor die Veranstaltung stimmungsvoll bei einem Stehempfang endete, brach sich die Begeisterung für die Live-Performance des Landespolizeiorchesters und seiner stimmlich beeindruckenden Sängerin noch einmal Bahn. Standing Ovationen und eine Zugabe krönten den Abend.

**Masterbüro**  
Zentralverwaltung

## Veranstaltungen Vorschau

### Weiterbildung Intern

Die Veranstaltungen für die Jahre 2024 und 2025 stehen Ihnen im Bereich „[Weiterbildung Lehre](#)“ auf der Website der HSPV NRW zur Verfügung.

<b>Mai 2024</b>		
13./14.05.2024	TSK 2.0 Vertiefungsteil: Rollentraining	BEW Duisburg
16.05.2024	Evidenzbasierte Personalauswahl (LFAK Psychologie)	HSPV NRW, Zentralverwaltung
<b>Juni 2024</b>		
13.06.2024	Abschlussveranstaltung im Rahmen des Transfermoduls (Gruppe 15)	HSPV NRW, Zentralverwaltung
21.06.2024	Stressmanagement für Lehrende	HSPV NRW, Zentralverwaltung
27./28.06.2024	Professionell lehren, Basis 1, Gruppe 36	BEW Duisburg
<b>August 2024</b>		
28./29.08.2024	Professionell lehren, Basis 2, Gruppe 36	online
29./30.08.2024	Professionell lehren, Basis 1, Gruppe 37	Wolfsburg, Mülheim/Ruhr
<b>September 2024</b>		
09./10.09.2024	TSK 2.0 Vertiefungsteil: Gesprächsführung	Johanniter Gästehaus, Münster



<b>Oktober 2024</b>		
01./02.10.2024	TSK 2.0 Vertiefungsteil: Moderation und Analyse von Gruppenprozessen	Wolfsburg, Mülheim/Ruhr
17./18.10.2024	Professionell lehren, Basis 2, Gruppe 37	online
28./29.10.2024	TSK 2.0 Vertiefungsteil: Rollentraining	QUA-LIS NRW, Soest
<b>Dezember 2024</b>		
04.12.2024	Stressmanagement für Lehrende	HSPV NRW, Zentralverwaltung
12./13.12.2024	Professionell lehren, Basis 3, Gruppe 37	Wolfsburg, Mülheim/Ruhr
<b>Januar 2025</b>		
16./17.01.2025	Professionell lehren, Basis 4, Gruppe 37	BEW Duisburg

## Kontakt

**Laura Kucharzewski** Tel.: 0209/1659 - 1290

**Celine Kipnowski** Tel.: 0209/1659 - 1295

[weiterbildung-intern@hspv.nrw.de](mailto:weiterbildung-intern@hspv.nrw.de)

### Anmeldung zum Veranstaltungsticker

Der hochschuldidaktische Veranstaltungsticker richtet sich an alle Lehrenden der HSPV NRW, die über freie (Rest-)Plätze in den Fortbildungsveranstaltungen der internen Weiterbildung per E-Mail auf dem Laufenden gehalten werden möchten.

[Melden Sie sich jetzt an!](#)

## Personalnachrichten

Herzlich willkommen an der HSPV NRW

### Einstellungen

- Seit dem 1. April 2024 ist Sabrina Linkens am Studienort Aachen tätig.
- Am 1. April 2024 hat Jean Banyurwahe seinen Dienst am Studienort Dortmund aufgenommen.
- Ceydar Nur Yalcindag ist seit dem 2. April 2024 am Studienort Duisburg beschäftigt.



## Aus den Abteilungen

### DO Soziologie praktisch: Thementage Armut und soziale Ungleichheit

Studierende des Kommunalen Verwaltungsdienstes im Gespräch mit ZEIT-Redakteurin Anna Mayr und unterwegs mit „bodo e.V.“

Soziale Ungleichheit: Was ist das und warum betrifft mich das in meiner späteren Arbeit als kommunale Verwaltungsbeamtin beziehungsweise als kommunaler Verwaltungsbeamter? Diese Frage stand am Anfang einer Themenwoche für die 18 Studierenden des Kurses DO K23/04 im Fach Soziologie. Die Anwärterinnen und Anwärter verschiedener Einstellungskommunen aus dem Kreis Unna diskutierten zunächst theoretisch die Facetten von Sozialstruktur und sozialer Ungleichheit, um sich dann dem gesellschaftlichen Phänomen der Armut zu widmen.

Zum Auftakt des praktischen Teils der Unterrichtsreihe konnte auf Einladung von Dozent Christoph Koerdts ZEIT-Redakteurin und Bestsellerautorin Anna Mayr gewonnen werden. Die 30-jährige Journalistin und Schriftstellerin stammt selbst aus dem Ruhrgebiet und verfasste mit ihren Büchern „Die Elenen“ und „Geld spielt keine Rolle“ viel beachtete Werke zur Wahrnehmung von Armut und Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft.



Anna Mayr (© Anna Tiessen)

Nach einer kurzen Vorstellung und einer Einleitung zu ihren Ansätzen, folgte eine intensive und teils kontroverse Diskussion mit den Studierenden, welche sozio-ökonomischen Konsequenzen Arbeitslosigkeit für die Betroffenen hat. Stigmatisierung, Abgrenzung und Klassismus seien von der übrigen Gesellschaft teils gewollt, so eine ihrer Thesen. Das Selbstverständnis unserer Gesellschaft sei auf Arbeit fokussiert, umso ausschließender sei ihr Blick auf Arbeitslose. Die 90-minütige Debatte mit den Studierenden zeigte dabei die durchaus ambivalente mediale und politische Dimension des Themas, aber auch jeweils persönliche Perspektiven auf das soziale Phänomen von Armut.

Um die Unterschiede zwischen absoluter und relativer Armut, aber auch die Exklusion von Randgruppen zu veranschaulichen und für die spätere berufliche Erfahrungswelt in der Stadtverwaltung begreifbar zu machen, konnte Dozent Christoph Koerdts zum wiederholten Male die Dortmunder Sozial- und Wohnungsloseninitiative „bodo e.V.“ für eine soziale Stadtführung gewinnen. Neben dem in Dortmund und Bochum bekannten, von Obdachlosen in Eigenregie mitproduzierten und verteilten Straßenmagazin, kümmert sich bodo



Soziale Stadtführung mit bodo (Bild: Christoph Koerdts)

als Lobbyverein um die Rechte von sozial Hilfebedürftigen, indem er „Chancen schafft“ sowie Nothilfe und Stadtführungen der anderen Art anbietet.

Die Studierenden folgten Dennis auf dem Weg durch die Dortmunder Nordstadt. Dennis ist selbst vor einigen Jahren obdachlos gewesen und nun als Stadtführer für bodo aktiv, indem er von seinen Erfahrungen erzählt und lokale Hilfsangebote vorstellt. Der Weg führte vom Nordmarkt-Kiosk der Diakonie zunächst zur Suppenküche Kana. Hier bekommen täglich bis zu 300 bedürftige Menschen eine warme Mahlzeit, frisch gekocht und serviert von Ehrenamtlichen. Die dritte angelaufene Einrichtung war das Café Berta. Seit 2012 bietet diese Stelle einen geschützten Raum für Alkoholkonsum, indem sie durch aufsuchende Sozialarbeit sowie ärztliche Beratung alkoholabhängige Menschen vom nahen Nordmarkt „abholt“ und im Café betreut. Spirituosen sind hier übrigens tabu, es darf aber geraucht werden. Vierte Station war das Hygienezentrum des Paritätischen. In dem städtischen Gebäude können Wohnungslose und Menschen, die keinen Zugang zu Duschen und Sanitäreinrichtungen haben, kostenlos duschen und sich mit frischer Kleidung und Hygieneartikeln versorgen.

Nach zwei Stunden teils nachdenklicher Eindrücke waren die Studierenden spürbar dafür sensibilisiert, was ein Leben „auf der Straße“ heißt und wie man als künftige Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung dieser Form von Armut in der Stadt im wahrsten Sinne des Wortes begegnen kann.

**Christoph Koerdts**  
Studienort Dortmund

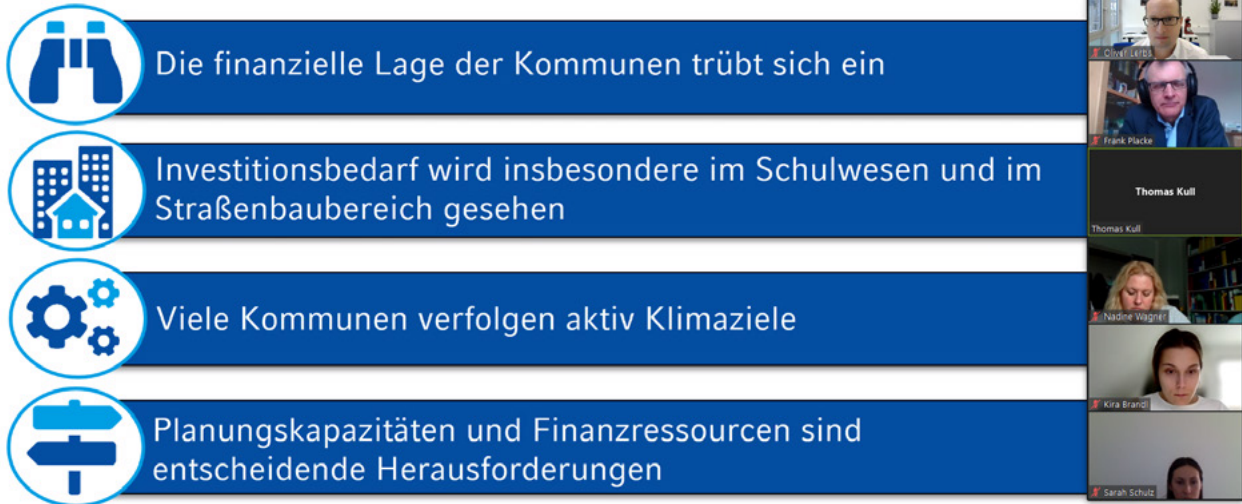








## Enormer kommunaler Investitionsbedarf

Thomas Kull von der NRW.Bank erläutert die Rolle von Förderbanken

### — Kernaussagen der FiFo-Studie



-  Die finanzielle Lage der Kommunen trübt sich ein
-  Investitionsbedarf wird insbesondere im Schulwesen und im Straßenbaubereich gesehen
-  Viele Kommunen verfolgen aktiv Klimaziele
-  Planungskapazitäten und Finanzressourcen sind entscheidende Herausforderungen

21 | 7. März 2024 | Vortrag HSPV Gelsenkirchen | Öffentliche Kunden



Thomas Kull lieferte Einblicke in aktuelle Investitionsplanungen der Kommunen (Bild: Prof. Dr. Oliver Lerbs)

Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen nehmen im gesellschaftlichen Transformationsprozess eine zentrale Rolle ein: Sei es im Rahmen der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung im offenen Ganztags oder beim Aufbau einer Wärmeplanung im Zuge der Energiewende. Der Investitionsdruck ist enorm und das ökonomische Umfeld dabei einmal mehr von großen Herausforderungen geprägt.

Thomas Kull, Bankdirektor und Leiter des Bereichs Öffentliche Kunden bei der NRW.Bank in Düsseldorf, erläuterte am 7. März 2024 ca. 60 Studierenden, hauptamtlich Lehrenden und Lehrbeauftragten der HSPV NRW im Rahmen eines Online-Praxisvortrags, welche Bedarfe im investiven Bereich unter Berücksichtigung von demografischen Perspektiven, Digitalisierung und Klimaschutz von den NRW-Kommunen derzeit gesehen werden und welche Hemmnisse dabei von Kämmerinnen und Kämmerern wahrgenommen werden.

Am Beispiel des Neubaus einer Hauptrettungswache in einer nordrhein-westfälischen Stadt zeigte der Gastredner auf, wie eine Hochbauinvestition konkret in der Praxis abläuft, worauf Kommunen im Investitions- und Finanzierungsprozess achten müssen und wie sie dabei von staatlichen Förderbanken wie der NRW.Bank beraten und unterstützt werden. Nicht zu-

letzt ging es auch um die Frage, wie dem zentralen Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit bei entsprechenden Investitionsvorhaben Rechnung getragen werden kann. Interessante Ausführungen zu aktuellen Initiativen der Förderbank im Bereich „Sustainable Finance“, also der Finanzierung „grüner“ kommunaler Investitionen jenseits des klassischen Kommunalkredits (im Einklang mit der Green-New-Deal-Taxonomie der EU), rundeten den gelungenen Vortrag ab.

Die Einladung von Herrn Kull erfolgte im Rahmen des Wahlpflichtmoduls „Investition und Finanzierung“ im Studiengang Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre am Studienort Dortmund. Auch Studierende desselben Wahlpflichtmoduls am Studienort Köln nahmen geschlossen an der Veranstaltung teil.

Ergebnisse einer im Jahr 2023 erstmalig durch die NRW.Bank in Zusammenarbeit mit dem FiFo-Institut der Universität Köln durchgeführten Befragung von Finanzverantwortlichen der NRW-Kommunen zum Thema Investitionstätigkeit stehen online [zum Download zur Verfügung](#).

**Prof. Dr. Oliver Lerbs**  
Studienort Dortmund

**Prof. Dr. Frank Placke**  
Studienort Köln



**DU**

## Die Verwaltung der Willkür

Workshop von Duisburger Studierenden in der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

Demokratie und Menschenrechte sind in den letzten Jahren in die Defensive geraten. Welche Verantwortung hat die Verwaltung in diesem Zusammenhang? Einen möglichen Zugang zur Beantwortung dieser Frage liefert die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus des 20. Jahrhunderts (hier besonders die „Verwaltung im Nationalsozialismus“).

Unter diesem Titel nahmen Studierende des Kurses K 21/05 der Abteilung Duisburg im Rahmen ihrer Ethikvorlesungen an einem Workshop in der Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Düsseldorf teil. Während der dreistündigen Veranstaltung bekamen die Studierenden ein

Bewusstsein dafür, dass ohne das Mitwirken einer gut organisierten Verwaltung sowie einer loyalen, leistungsfähigen und vor allem auch „leistungsbereiten“ Beamtenschaft die NS-Diktatur in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen wäre. Im Durchgang durch die Arbeit ausgewählter Ämter und Behörden (zum Beispiel Gesundheits- und Finanzamt) sowie entlang konkreter Fälle wurde nicht nur deutlich, wie seit 1933

schrittweise Grundrechte zugunsten der Idee einer „reinen Volksgemeinschaft“ ausgehöhlt und schließlich aufgehoben wurden. Darüber hinaus zeigte sich, wie stark die Verwaltung rechtliche Spielräume im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie eigeninitiativ und im „vorausgehenden Gehorsam“ ausnutzte, um Menschengruppen – Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, aber auch körperlich wie geistig beeinträchtigte Menschen – auszugrenzen, zu diskriminieren, zu entmenschlichen und schließlich einer durchorganisierten „Vernichtungsmaschinerie“ (etwa im Rahmen der sogenannten Euthanasie) zuzuführen.

Als besonders irritierend wurde dabei empfunden, wie dieser „Verwaltungsmassenmord“ (H. Arendt) hinter der „Maske“ klassischer administrativer Regeln, Verfahren und Strukturen sowie einer beschönigenden Sprache verschleiert wurde. So wurden zum Beispiel Menschen „in Heil- und Pflegeanstalten verlegt“, was für sie faktisch einem Todesurteil gleichkam. In der Begegnung mit den Biographien von Opfern, aber auch von Täterinnen und Tätern, bekam jedoch ein letztlich abstraktes und unvorstellbares Verbrechen für die Studierenden ein individuell-persönliches Gesicht und durch den lokalen

Bezug zu Düsseldorf auch eine konkrete, lebensnahe Dimension.

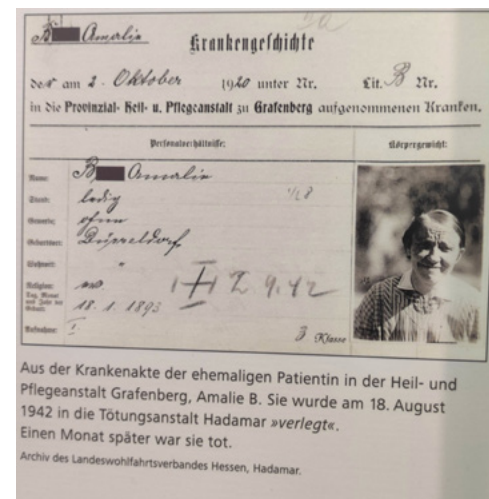
Ein wichtiger Baustein des Workshops bestand in der Frage nach Entscheidungs- und Handlungsspielräumen. Spürbar wurde, wie das nationalsozialistische Regime frühzeitig nicht nur durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse, sondern vor allem durch eine Herrschaft der Willkür die Möglichkeiten des Widerstands immer stärker einengte. Zur Wahrheit gehört aber ebenso, dass Menschen von der Ausbeutung und Deportation der jüdischen Bevölkerung wissentlich profitierten oder sich im Interesse ihrer beruflichen Karriere aktiv an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligten. Vielleicht stellt tätiger Widerstand eine Überforderung dar, eine „passive“ Zurückhaltung und der Verzicht auf aktives „Mitmachen“ bleiben aber eine Option, auch unter totalitären Bedingungen.

Welche Konsequenzen lassen sich aus diesem Workshop für die Gegenwart ziehen? Für die Studierenden war zunächst die Erkenntnis wichtig, dass politische Entwicklungen aufmerksam verfolgt werden müssen, um problematischen und gefährlichen Tendenzen frühzeitig und entschieden begegnen zu können. Denn unsere Verfassung mit ihrer Verpflichtung zum Schutz von Menschenwürde sowie Menschen- und Grundrechten ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein historisches Faktum, das vor dem Hintergrund einer Menschheitskatastrophe und nur gegen Widerstände errungen wurde, aber immer auch verloren und verspielt werden kann. Die Verteidigung der Verfassung, zu der sich die Verwaltungsmitarbeitenden im Eid verpflichtet haben, schließt daher die Bereitschaft und den Mut ein, die eigene „Komfortzone“ zu verlassen, um entschieden für den Schutz von Menschen und Menschenrechten einzutreten. Die Auseinandersetzung mit dem sogenannten Dritten Reich motiviert zudem zu einer kritischen Reflexion des eigenen Handelns als Exekutive und bringt uns zu der Frage, wo geltendes Recht sich in Unrecht verkehrt.

**Prof. Dr. Tobias Trappe**  
Studienort Duisburg



Intensives Arbeiten in Kleingruppen (Bild: Prof. Dr. Tobias Trappe)



Auszug aus einer Krankenakte (Bild: Prof. Dr. Tobias Trappe)



## Demokratie und Rechtsstaat schützen – aber wie?

### Offene Gesprächsrunde an der Abteilung Duisburg

In den letzten Monaten haben sich politische Entwicklungen gezeigt, die vielen von uns große Sorgen bereiten. Sie machen den Eindruck, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland gefährdet sind. Viele Studierende sind ebenfalls beunruhigt und stellen sich die Frage, was die aktuelle Situation für ihre künftige Tätigkeit in Polizei und Verwaltung bedeutet und vor allem, welche Verantwortung sie in dieser Lage haben beziehungsweise wie sie dieser gerecht werden können.



Intensiver Austausch am Studienort Duisburg (Bild: Prof. Dr. Tobias Trappe)

Unter dem Titel „Demokratie und Rechtsstaat schützen – aber wie?“ luden Prof. Dr. Bernhard Rinke und Prof. Dr. Tobias Trappe vor diesem Hintergrund am 20. März 2024 an der Abteilung Duisburg zu einem offenen Gespräch über die gegenwärtigen Herausforderungen ein. Die Veranstaltung gab Studierenden Raum und Zeit, sich untereinander, aber auch gemeinsam mit Lehrenden, in demokratischer Spontaneität und Lebendigkeit auszutauschen. Wo sehen die Teilnehmenden Gefahren für die Demokratie und den Rechtsstaat? Was können wir als Einzelne, aber auch als Hochschule tun, um unserer Verantwortung für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gerecht zu werden? Die Einladung verstand sich als Beitrag für eine Suche nach Wegen, wie wir unsere gemeinsame Verpflichtung gegenüber den faszinierenden Werten unserer Verfassung (Menschenwürde und Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit aller Menschen, Demokratie, Vielfalt und Toleranz etc.) klären und stärken können.

Im Verlauf der leider nur im kleinen Kreis, dafür aber intensiv und ausgesprochen offen geführten Diskussion zeigte sich klar: Die Sorgen mit Blick auf die Zukunft der Demokratie und des Rechtsstaats sind groß. Problematische Entwicklungen sind im privaten und beruflichen Umfeld ebenso zu finden, wie innerhalb von Kursen: nicht nur durch rechtspopulistische Äußerungen, sondern auch durch ein verbreitetes Schweigen und politisches Desinteresse einer Mehrheit. Es besteht eine

große – auch rechtliche – Unsicherheit, wie etwa mit menschenfeindlichen Äußerungen umgegangen werden kann und muss.

Deutlich wurde aber auch der Wunsch nach...

- mehr Information und Diskussion über politische Entwicklungen,
- einer grundsätzlicheren Vermittlung von Sinn und Bedeutung der freiheitlich demokratischen Grundordnung jenseits von Detailfragen,
- einer intensiveren Schulung im Umgang mit problematischen Äußerungen oder Verhaltensweisen,
- einer besseren Aufklärung über beamtenrechtliche Pflichten in der Verteidigung der Verfassung,
- einer breiteren Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (etwa nach dem Vorbild der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf) und vor allem
- einer Ermutigung der Studierenden, mit ihrer Verfassungstreue wirklich aktiv zu werden, anstatt durch eine falsch verstandene Neutralität in Passivität zu verharren.

Jenseits der sonst so wichtigen Fachbereichsgrenzen von Polizei und Allgemeiner Verwaltung/Rentenversicherung waren alle Teilnehmenden nach Abschluss der gemeinsamen Überzeugung, dass diese Veranstaltung in Form, Inhalt und Klima unbedingt fortgesetzt, intensiviert und ausgeweitet werden muss. Ein zweiter Schritt wird also kommen!



Anregungen von Studierenden und Lehrenden (Bild: Prof. Dr. Tobias Trappe)

Kontakt für Rückfragen:

[bernhard-wilhelm.rinke@hspv.nrw.de](mailto:bernhard-wilhelm.rinke@hspv.nrw.de)  
[tobias.trappe@hspv.nrw.de](mailto:tobias.trappe@hspv.nrw.de)

**Prof. Dr. Tobias Trappe**  
 Studienort Duisburg





## HA

## Kursfahrt nach Wien

Am 25. März 2024 ging es für den Polizeikurs 21/02 des Studienorts Hagen mit dem Flugzeug nach Wien zu einer knapp fünftägigen Studienfahrt

Nachdem alle seit 4 Uhr morgens auf den Beinen waren, stand zunächst ein gemeinsamer Brunch auf dem Programm. Bei schönstem Wetter bekamen wir anschließend, unter dem Motto „Mörder“, eine exklusive Privatführung eines Wiener Stadtführers durch die historische Innenstadt. Dort haben wir verschiedene Orte gesehen, die für die Wiener Historie eine wichtige Rolle spielen, wie etwa Plätze, an denen Verbrecher/innen hingerichtet, Straftäter/innen zur Schau gestellt oder Hexen und Zauberer verbrannt wurden. Nach einem langen Tag ließen wir den Abend mit einem gemütlichen Beisammensein ausklingen.

Am nächsten Tag mussten wir wieder früh aufstehen, denn auf dem Programm stand der Besuch der Sicherheitsakademie Wien (SIAK) des Österreichischen Innenministeriums. Vor Ort wurden wir von zwei Kollegen aus dem Bereich der internationalen Zusammenarbeit herzlich empfangen, die uns anhand eines Vortrags einen Überblick über die Kriminalitätsrate in Österreich, insbesondere in Wien, verschafften.

Zudem wurden uns der Einstieg und der Werdegang bei der Polizei in Österreich erläutert und die verschiedenen Dienstgrade vorgestellt. Bei dem Vortrag wurden die Unterschiede zwischen der Polizei NRW und der Polizei in Österreich deutlich. Unter anderem sind die Voraussetzungen für den Einstieg in den Polizeiberuf niedriger als bei uns, sodass man auch ohne Abitur oder eine andere abgeschlossene Ausbildung bei der Polizei anfangen kann. Des Weiteren gibt es, aufgrund einer erfolgreichen Klage eines österreichischen Polizeibewerbers beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, keine Altersgrenze bei der Bewerbung. So hat zum Beispiel ein 58-jähriger Bewerber die zweijährige Polizeiausbildung durchlaufen. Auch das Schichtmodell unterscheidet sich mit 12-Stunden-Schichten von unserem System. Zum Abschluss bedankten wir uns bei den Kollegen mit Gastgeschenken der Polizei NRW.

Im Anschluss waren wir im Polizeimuseum der SIAK, wo die historische Entwicklung der österreichischen Polizei im Rahmen einer Fachführung vorgestellt wurde. Den Nachmittag verbrachten wir gemeinsam im bekannten Prater, bevor einige der Studierenden sich das Länderspiel Österreich gegen die Türkei im Ernst-Happel-Stadion anschauten.

Am Mittwochmorgen besuchten wir das Wiener Kriminalmuseum und bekamen im Rahmen einer detaillierten Führung, Einblicke in Kriminalfälle vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur heutigen Zeit. Danach durften wir selber in die Rolle der Ermittlerinnen und Ermittler eines Kriminalfalls schlüpfen. Im Rahmen eines sogenannten Krimi-Trails mussten wir den fiktiven Mordfall an Magdalena Ingold lösen und die Täterin/den Täter überführen. Dazu hatte sich der Kursverbund in



Hagener Polizeistudierende in Wien (Bild: Giovannino Postorivo)

fünf Ermittlungsteams aufgeteilt, um die „beste Mordkommission“ bestimmen zu können. Zur Belohnung gab es anschließend Kaiserschmarrn vom berühmten Café Demel.

Der Donnerstag begann mit im Vorfeld ausgearbeiteten Studierendenvorträgen. Dabei konnten wir mehr über das Sicherheitsgefühl in Wien, das in Teilen zentral ausgerichtete Polizeisystem Österreichs und die Geschichte erfahren.

Anschließend begaben wir uns zu einem gemütlichen Spaziergang über den Naschmarkt. Einige von uns nutzten im Anschluss die Zeit für einen Besuch vom Schloss Schönbrunn, bevor es nachmittags zu einer Besichtigung des Justizpalastes ging. Dort verweilten wir anschließend gemeinsam über den Dächern von Wien im Justizcafé. Zum Abschluss der Fahrt gab es abends ein traditionelles Wiener Schnitzel im bekannten Restaurant „Figlmüller“. Der Freitag stand letztlich ganz im Zeichen des Rückflugs nach Düsseldorf.

Unser Fazit lautet: Eine in allen Bereichen gelungene Studienfahrt, die nicht nur inhaltlich-fachlich sehr interessant und abwechslungsreich war, sondern auch den Zusammenhalt im Kursverbund noch einmal gefördert hat. Wir werden sicher auch in vielen Jahren noch an diese Studienfahrt zurückdenken.

Im Namen des gesamten Kurses bedanken wir uns ganz herzlich bei den Organisatorinnen und Organisatoren der Studienfahrt. Ohne euch wäre eine so schöne Fahrt nicht zustande gekommen! Ferner gilt unser Dank auch Jan Boneberger (Leiter der Abteilung Gelsenkirchen), der das vorgelegte Konzept und die Fahrt genehmigt hat sowie Herrn Engels, der die Kursfahrt als Dozent begleitet hat.

**Sarah Ströder und Darja Rüßmann**  
Studentinnen der HSPV NRW





K

## Besuch in der „ewigen Stadt“

Im Rahmen einer Studienfahrt besuchten 30 Studierende des Studienorts Köln die italienische Hauptstadt Rom



Gruppenfoto in Rom (Bild: Leith Taha)

Dort lernten sie unter anderem die vielfältigen Aufgaben und Arbeitsweisen der lokalen Polizei (Polizia Roma Capitale) kennen. Um die guten Kontakte nach Italien wissend, wandten sich die Studierenden zuvor an Rüdiger Thust, den Verbindungsstellenleiter der International Police Association (IPA) Rosenheim. Gemeinsam mit ihm erarbeiteten sie ein interessantes Programm für den einwöchigen Aufenthalt in der „ewigen Stadt“.

So kam es beispielsweise zur Besichtigung der Einsatzzentrale, von wo aus alle Einsätze koordiniert und alle Polizeikräfte geführt werden. Die Studierenden wurden dort vom obersten Chef der römischen Stadtpolizei, Commandante Generale Mario De Sclavis, persönlich begrüßt und willkommen geheißen. Zudem stand der Besuch einer Kriminaldienststelle auf dem Programm, wo die Studierenden Wissenswertes über forensische Untersuchungsmethoden erfuhren. Natürlich durfte auch ein gemeinsames Abendessen in einem typischen römischen Restaurant nicht fehlen.

Der Dank gilt den neu gewonnenen Freundinnen und Freunden in der römischen Stadtpolizei, die den Studierenden spannende Einblicke ermöglicht haben.

**Torsten Huschbeck**  
Studienort Köln

**Leith Taha**  
Student der HSPV NRW

## Vernehmung von psychisch auffälligen Personen

Eine empirische Untersuchung zu Chancen und Risiken der polizeilichen Aus- und Fortbildung



V.l.n.r.: Prof. Dr. Judith Heße-Husain, Torsten Huschbeck und Kommissaranwärterin Angelina Rempel (Bild: Torsten Huschbeck)

Wie die Fälle Mohammed I. in Bremen und Mouhamed D. in Dortmund zeigen, treffen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB) mitunter auf Menschen in psychischen Ausnahmesituationen (MepAs). In diesem Kontext beleuchtet eine Studentin der HSPV NRW am Studienort Köln in ihrem Proseminar den polizeilichen Umgang mit psychischen Störungen. Dies geschieht am Beispiel der Vernehmung von psychisch auffälligen Personen, bei denen der psychologische Hintergrund häufig nicht berücksichtigt wird beziehungsweise unbekannt ist.

Die beiden zentralen Fragestellungen ihrer zwölfseitigen Hausarbeit lauten: Inwieweit wird durch PVB mit vermeintlich schuldunfähigen Personen in Vernehmungssituationen zielführend kommuniziert? Hierzu werden Erkenntnisse aus zwei Experteninterviews gewonnen. Die zweite Forschungsfrage (Inwieweit sind PVB für solche Gespräche ausreichend geschult?) wird anhand der existierenden Literatur- und Datenlage beantwortet.

Ihre am 5. März 2024 auf einer Fachtagung an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup vorgestellten Ergebnisse rechtfertigen die Einführung von spezifischen Aus- und Fortbildungsangeboten innerhalb der Polizei NRW, die dem zunehmenden Einsatz mit MepAs Rechnung tragen. Dies schließt die Schulung von PVB zur Vernehmung psychisch auffälliger Personen mit ein, zu der die Datenlage bislang eher überschaubar ist.

**Prof. Dr. Judith Heße-Husain und Torsten Huschbeck**  
Studienort Köln

**Angelina Rempel**  
Studentin der HSPV NRW



**MS**

## Grüß Gott aus Wien!

Vom 26. Februar 2024 bis zum 1. März 2024 war der Kurs KVD 23/04 des Studienorts Münster auf Studienreise in Wien

Am späten Sonntagabend startete unsere Reise am Hauptbahnhof in Münster. Nach über zehn Stunden Zugfahrt kamen wir ohne Verspätung im schönen Wien an. Die ersten Eindrücke von der Stadt erhielten wir bereits auf dem Weg zum Hotel, als wir mit der Tram viele Sehenswürdigkeiten streiften. Direkt nach dem Check-in machten wir eine Stadtführung, die am Stephansdom startete. Von dort aus ging es an Übungsstätten Mozarts vorbei bis zum großen Areal der Hofburg. Hier ein kleiner Fun-Fact: Die berühmten Lipizzaner-Pferde am Spanisch Hof sind sozusagen unsere österreichischen Kollegen, weil diese in den 70er Jahren in den Beamtenstatus gehoben wurden. Auf diese Weise sollten sie vor dem Verkauf gerettet werden.

Zum Abschluss des ersten Tages waren wir gemeinsam Burger essen, bevor alle den fehlenden Schlaf von der Zugfahrt nachholten.



Historischer Saal der Bundesversammlung (Bild: Danny Dernbach)

Am nächsten Tag stand der Besuch der Deutschen Botschaft auf dem Programm, wo wir vom 2. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland empfangen wurden. Wir haben unter anderem erfahren, dass man als Botschafter viele Sprachen beherrschen muss und in seinem Berufsleben viele Länder sieht. Vor allem haben uns auch die persönlichen Erfahrungen interessiert. So hat der Botschafter berichtet, dass bei Familien besondere Rücksichtsmaßnahmen getroffen werden. Botschafter-Kinder gehen beispielsweise auf Privatschulen und es wird darauf geachtet, dass eine Versetzung in ein anderes Land nicht mit der Schullaufbahn der Kinder konkurriert.

Am Dienstag besuchten wir das Parlament. Das Besucherprogramm führte uns durch viele Räume, wie etwa durch den historischen Plenarsaal der Bundesversammlung. Dieser wird auch als „Kaderschmiede“ bezeichnet, weil ihm bereits viele wichtige europäische Staatsmänner entsprungen sind. Die



Gruppenfoto in Wien (Bild: Danny Dernbach)

Bundesversammlung ist das Organ, welches unter anderem den österreichischen Bundespräsidenten wählt. Zudem konnten wir den Nationalratssaal besichtigen, wo die 183 gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter zusammenkommen. In Österreich wird alle fünf Jahre national gewählt. Eine Partei, die hier als Vereinigung im Parlament „Klub“ heißt, muss die 4-Prozent-Hürde überwinden, um dort einzuziehen.

Anders als man es aus unseren deutschen Regierungsgebäuden kennt, sind die Büros der National- und Bundesratspräsidenten direkt an den Fluren, wo auch die Besuchergruppen durchgeschickt werden. Wir hatten das Glück, die 2. Präsidentin des Nationalrats zu treffen, als wir an ihrem Büro vorbeigelaufen sind. Unsere Tour durch das Parlamentsgebäude endete auf der schönen Dachterrasse, von wo man über weite Teile der Hofburg blicken konnte.

Neben Nairobi, Genf und New York hat auch Wien einen UN-Hauptsitz, wo wir am dritten Tag eine spannende Besucherführung hatten. In Wien sind vor allem Organisationen der UN angesiedelt, die sich mit Handel, Umwelt, Forschung, Wissenschaft und Migration beschäftigen. Wir haben viel über die 17 gemeinsamen Ziele der UN erfahren und wie sich die Krisen in der Welt auf ihre Umsetzung auswirken. Der Halbzeitbericht ist nicht besonders erfreulich ausgefallen: Nur 15 % der Ziele sind noch auf Kurs. 48 % sind im mäßigen Bereich oder im starken Rückstand und 37 % der Ziele stagnieren oder verlaufen sogar gegenläufig.

Mit vielen Eindrücken endete der letzte offizielle Programmpunkt unserer Reise – den Donnerstag konnten wir komplett frei gestalten, am Freitag stand nur noch die Abreise an.

Am Donnerstag und zwischen den einzelnen Programmpunkten zogen wir in kleinen Gruppen durch Wien und besichtig-







Die Studierenden reisten mit dem Zug an (Bild: Danny Dernbach)

ten zahlreiche Sehenswürdigkeiten. Im Sissi Museum haben wir viele Originalkleider und private Gegenstände der jungen Kaiserin gesehen. Andere informierten sich im Naturhistorischen Museum über Dinosaurier und Erdgeschichte oder bewunderten in der kaiserlichen Schatzkammer Kronen und Gewänder. Als Erholung zwischen den über 25.000 Schritten pro Tag, haben sich manche Gruppen für eine Fahrt auf dem Donau-Kanal entschieden. Mit Tee, Kaffee oder einem Erfrischungsgetränk war die enttäuschende Aussicht auf den sozialen Wohnungsbau und die innerstädtische Müllverbrennungsanlage fast vergessen. Vor allem der Donnerstag wurde genutzt, um sich Schloss Belvedere oder Schönbrunn mit den großen Parks anzuschauen.

Den letzten Abend haben wir in einer großen Gruppe gemeinsam auf dem Prater verbracht und sind mit einigen Fahrgeschäften gefahren. An anderen Abenden war ein großer Teil unserer Reisegruppe in einer Karaoke Bar, wo sich ungeahnte Gesangstalente offenbart haben.

Auch kulinarisch haben wir uns auf die Wiener Spezialitäten eingelassen. Glücklicherweise haben wir uns gegen die Nicht-Empfehlung des Botschafters entschieden und Wiener Schnitzel gegessen, was ein wirklicher Gaumenschmaus war. Neben Käsekrainer, Sacher-Torte und Baumkuchen, haben wir uns durch Kaiserschmarrn, Apfelstrudel und Manner-Waffeln probiert.

Am Freitag hieß es dann Koffer packen und auschecken. Um 13:11 Uhr ging es mit vielen schönen Erinnerungen und Souvenirs mit dem Zug zurück ins Münsterland.

Die Fahrt war nicht nur inhaltlich bereichernd, sondern auch bedeutend für unsere Kursdynamik. Durch die vielen gemeinsamen Aktivitäten konnten wir uns alle nochmal besser kennenlernen. Der Kurszusammenhalt ist nachhaltig gewachsen. Organisiert und begleitet wurde die Studienfahrt von Sebastian Lucius-Thomas.

**Carlotta Haben**  
Studentin der HSPV NRW

## Themenreihe Medien

### Fortbildung „Basis Time“

Erfolgreicher erster Online-Durchlauf

„Basis Time“ ist eine reine Online-Variante des Basismoduls im Rahmen des hochschuldidaktischen Zertifikatsprogramms „Professionell lehren an der HSPV NRW“. Ähnlich wie das Basismodul in Präsenz, findet auch das Angebot „Basis Time“ an vier Terminen (zweitägig) statt. Das Neue hierbei sind die verkürzten Fortbildungstage (jeweils 9:00 Uhr bis 13:30 Uhr), die zudem online stattfinden, sowie die Ergänzung um eine asynchrone Bearbeitungszeit zwischen zwei Terminen. So haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich vertiefend mit unterschiedlichen hochschuldidaktischen Inhalten zu befassen. Von November 2023 bis März 2024 fand der erste Durchlauf statt.

Das Online-Format begünstigt die Vereinbarkeit von Familie



© Designed by Freepik (<https://de.freepik.com/>)



und Beruf und fördert gleichzeitig die Medienkompetenz der Teilnehmenden, da sie sich unter anderem mit einem Videokonferenzsystem auseinandersetzen, den didaktischen Aufbau von Online-Veranstaltungen kennenlernen und sich mit verschiedenen ILIAS-Tools beschäftigen beziehungsweise diese anwenden.

Die Rückmeldungen der Teilnehmenden der ersten Gruppe waren äußerst positiv. Einige berichteten, dass die Fortbildung zu einer gezielteren Planung der Lehre und einem zielgerichteten Einsatz von Methoden geführt habe, um den Studierenden Wissensinhalte auf eine lernförderliche Weise zu vermitteln und ihre Kompetenzen zu erweitern.

Die Teilnehmenden hatten Gelegenheit, sich unter anderem über aktivierende Methoden für Studierende sowie effektive

Feedback-Strategien zu informieren und auszutauschen. Zudem konnten sie sich durch KI-gestützte Anwendungen im Lehr- und Lernkontext inspirieren lassen.

Alle Fortbildungsinhalte zielen darauf ab, die Lehre zu professionalisieren, Lern- und Kompetenzziele in den Fokus zu stellen und das Lernen zu fördern, um Studierende bestmöglich auf ihre beruflichen Einsatzszenarien vorzubereiten. Im Herbst 2024 wird das Format „Basis Time“ erneut angeboten. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldungen!

**Dr. Angie Lämmerhirt und Bettina Rohwetter**  
Zentralverwaltung, Hochschuldidaktik

## Weltoffene Hochschulen

### Anmerkungen zur Weltoffenheit

Arbeiten an der HSPV NRW vor dem Hintergrund interkultureller Erfahrungen

Im WOH-Konzept der HSPV NRW ist festgehalten, dass sie sich für eine „weltgewandte und diskriminierungsfreie Hochschule“ einsetzt. Dieser Anspruch der Weltoffenheit ist gerade für eine Ausbildungsstätte von Personen mit Beamtenstatus sowohl richtig als auch relevant. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass es sich dabei nicht um zeitgemäße Floskeln handelt, sondern um ein ernsthaftes Bestreben, dem gesellschaftlichen Pluralismus mit Verfassungsrang gerecht zu werden. Dabei soll jeglicher Art gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung entschieden entgegengetreten werden und gleichzeitig die Internationalisierung (unter anderem internationaler Austausch von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden) der HSPV NRW vorangetrieben werden.

Die Frage, inwieweit ich als langjähriger Lehrbeauftragter am HSPV-Studienort Bielefeld vor dem Hintergrund meiner Herkunftskultur Lehre, Forschung und Praxis an der HSPV NRW wahrnehme und wie weltoffen die Hochschule tatsächlich ist, ist schwer zu beantworten. Die Herausforderung besteht in erster Linie nicht in der Beschreibung der Sachverhalte, sondern zunächst in der Festlegung der Perspektive selbst. Beschreibe ich den Grad der Weltoffenheit der Hochschule aus der Perspektive eines Lehrenden, eines Soziologen oder vielmehr aus Sicht einer Person, die seine Kindheit in Afghanistan verbracht hat und seit seiner späten Sekundärsozialisationsphase in Deutschland ansässig ist?

**WELTOFFENE  
HOCHSCHULEN  
GEGEN FREMDEN-  
FEINDLICHKEIT**

© <https://www.hrk.de/>

Genau hier beginnen die Schwierigkeiten, denn meine Erfahrungen müssen nicht deckungsgleich sein mit den Erfahrungen von anderen anderskulturell und/oder als PoC (Person of Colour) konnotierten Personen. Anders ausgedrückt: Wenn ich weder an der HSPV NRW noch in der deutschen Gesellschaft diskriminierende und rassistische Erfahrungen gemacht habe, bedeutet das keinesfalls, dass andere davon nicht betroffen sind. Am Standort Bielefeld ist mir kein diskriminierendes Verhalten aufgefallen – weder mir gegenüber, noch gegenüber jemand anderem. Ganz im Gegenteil, selten ist mir in dieser Hinsicht eine derartig gelebte Weltoffenheit begegnet. Doch wie gesagt, meine Perspektive und meine Erfahrungen können nicht verallgemeinernd gültig sein. Manchmal genügen Differenzen in der Aussprache, im äußerlichen Erscheinungsbild, das Bekenntnis zu einer Religion, politische Ansichten, Inhalte eines Gespräches, subtile Wahrnehmungen





des Gegenübers oder der zeitliche sowie räumliche Zufall. Zudem können zuschreibende und hierarchisierende Relevanzen des Gegenübers Ein- und Ausschlussprozesse aktivieren. Da Erfahrungswerte nicht ausreichen, um die Weltoffenheit einer Hochschule unter Berücksichtigung meiner Herkunftskultur zu beurteilen, sind einige Anmerkungen aus der Distanz objektiv hilfreich. Ein Teilbereich der Weltoffenheit drückt sich darin aus, ob ein diskriminierungsfreies Umfeld vorherrscht. Dies habe ich bereits bejaht, zur Validierung bedürfte es allerdings der Erhebung empirischer Daten.

Positiv hervorzuheben ist, dass beim Verdacht auf Ausgrenzung oder Extremismus Studierende, Lehrende und die Verwaltung sensibilisiert sind und sich Personen mit menschenfeindlichen Einstellungen rechtlich und moralisch entgegenstellen. Bemerkenswert ist zudem, dass bei den Studierenden im Studiengang Polizeivollzugsdienst (PVD) die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund kontinuierlich dank der politischen Anstrengungen und Umstellungen in der Personal-Rekrutierung zunimmt. Im Verwaltungsdienst könnten ähnliche Anstrengungen unternommen werden, um mehr anderskulturell konnotierte Menschen für die Hochschule und spätere Verwaltungsarbeit zu gewinnen. Gleiches gilt für Mitarbeitende aller Statusgruppen: Lehrbeauftragte, Verwaltungsmitarbeitende (insbesondere in Leitungspositionen) und Professorinnen und Professoren. Warum ist eine gegebene Diversität besonders an Hochschulen wichtig?

In vielen Modulen lehren wir den Studierenden, dass die Welt sich verändert hat. Globalisierung, Migrationsbewegungen, Digitalisierung, Wertewandel etc. verändern und bestimmen unser Leben immer mehr und wir müssen uns dem anpassen. Die Politik muss immer wieder neuen Herausforderungen begegnen, die Wissenschaft neue Forschungsfragen entwickeln

und Institutionen wie die Hochschule müssen sich justieren, neue Strukturen entwickeln und neue Prozesse anstoßen. Insbesondere aber muss eine Hochschule Studierende auf die neuen Herausforderungen und gesamtgesellschaftlichen Veränderungen vorbereiten, theoretisch wie praktisch. Um aber mit Veränderungen Schritt halten zu können, müssen Prozesse, Lehrinhalte, Strukturen, Curriculum und Selbstverständnis insgesamt ständig aktualisiert werden.

In vielerlei Hinsicht – beispielsweise mit Blick auf Lehrinhalte und Module – haben diese Veränderungen bereits stattgefunden. In der Personal- und Alltagspolitik müssen die Anstrengungen größer werden. Denn weiterhin werden beispielsweise türkische Sprachkenntnisse, das Wissen über andere Kulturen und Länder oder Migrationserfahrungen häufig nicht als gelebte Praxis, sondern als in Passung zu bringende Herausforderungen gesehen und somit entwertet, anstatt dass der Mehrwert gerade in unserer pluralen Gesellschaft adäquat anerkannt wird. Hier bedarf es eines Kulturwandels. In der Anwerbung von Mitarbeitenden könnte daher noch stärker ein Schwerpunkt auf die Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund gesetzt werden. Benötigen Studierende nach dem Studium Englischkenntnisse oder Türkischkenntnisse, um ihre Arbeit in der hiesigen diversen kulturellen Gesellschaft und einer globalisierten Welt angemessen ausführen zu können? Würden solche Überlegungen verstärkt die Kriterien der Personalauswahl bestimmen, sorgten sie für mehr Diversität und folgerichtig zu einem weiteren Schritt für mehr Weltoffenheit in der akademischen Welt.

**Prof. Dr. phil. Omar Khaled Sahrai**

Akkon Hochschule für Humanwissenschaften Berlin

Lehrbeauftragter an der HSPV NRW, Studienort Bielefeld



*„Life is what happens to you while you're busy making other plans.“*

John Lennon (britischer Musiker, Komponist und Friedensaktivist)

## Impressum

**Herausgeber** Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, HSPV NRW

**Redaktion** Sandra Warnecke, Florian Bury (V. i. S. d. P.)

**Fotos** siehe Bildunterschriften

**Satz** Johann Ifflaender

Den Erscheinungstermin der neuen Ausgabe der „HSPV Aktuell“ finden Sie im [Newsletterkalender](#).

Sie erreichen das Redaktionsteam unter: [newsletter@hspv.nrw.de](mailto:newsletter@hspv.nrw.de)

